

Erste Beilage zur Morgen-Ausgabe Nr. 381 der Königsberger Allgemeinen Zeitung.

Königsberg, Sonntag den 15. August 1920.

Diese Nummer umfasst 18 Seiten.

Eine Rundgebung des Oberpräsidenten zum Ostpreussischen Selbstschutz.

Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen teilte uns mit:

Unter dem Druke des Abkommens von Spaa sieht sich die Reichsregierung genötigt, eine umfassende Entwaffnung vorzunehmen. Das vom Reichston von allen Parteien mit Ausnahme der U. S. V. D. angenommene Entwaffnungsgesetz stellt vor, daß Waffen im allgemeinen nur im Besitz der Reichswehr, der Sicherheitspolizei und der besetzten Ostpreussischen Organe sich befinden dürfen.

Die gesamte äußere und innere Lage der Provinz Ostpreußen gebietet aber zur Zeit, noch Vorkehrungen zu treffen, daß der uns umklingende Krieg nicht über die Grenzen unserer Provinz überzueilt und daß die von der Reichsregierung verkündete Neutralität unter allen Umständen gewahrt wird. Die Ruhe und Ordnung nach innen und nach außen unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, dazu bedarf es des Zusammenstehens aller Kreise der Bevölkerung, denen das Wohl des Vaterlandes und der Schutz der Verfassung am Herzen liegt. Dies Bedürfnis, das weite Kreise der Bevölkerung dringend empfinden, ist auch von der leitenden Stelle der inneren Verwaltung der Provinz durchaus anerkannt worden und hat dazu geführt, daß die Bildung von Ortswehren vom Oberpräsidenten genehmigt worden ist.

In manchen Orten haben sich bereits bestimmte Gruppen zusammengeschlossen, in der Absicht, selbständig eine bewaffnete Organisation zu schaffen. Diese Organisationen werden aufgelöst, wenn sie nicht bedingungslos sich den Verfügungen des Oberpräsidenten unterwerfen. Das Volksgesetz muß fest in den Händen der Staatsgewalt bleiben. Sonderbestrebungen, die vielfach gut gemeint, aber in diesem schicksalsschweren Augenblick zur Klaffenreißung und zur Kriegerverheerung führen, dürfen und müssen nicht aufrechterhalten werden. Die Sicherheit der Bevölkerung muß in allererster

Reihenfolge die Provinz vor allen Ueberrassungen von außen her zu schützen. So sind in den letzten Tagen zu den bereits vorhandenen Hundertschaften der Sicherheitspolizei drei weitere berittene Hundertschaften zur Unterstützung der Landesgrenzpolizei Ostpreußen eingesetzt worden. Die Grenzübergangsstellen sind jetzt überall durch eine genügende Anzahl von Grenzpolizeibeamten gesichert, die mit Erfolg ihrer schweren Aufgabe, der Provinz unerwünschte ausländische Elemente fernzuhalten, nachkommen, während die grüne Grenze durch berittene Abteilungen der Sicherheitspolizei ständig bewacht wird.

Königsberger Nachrichten.

Der Streik.

Polizeipräsident Lübbring gegen den Bund verfassungstreuer Ostpreußen.

Vom Polizeipräsidentium wird uns mit der Bitte um Veröffentlichung folgendes Telegramm an den Reichstagsminister, Reichswehrminister, Minister des Innern — Berlin überandt:

Wie ich aus der Presse ersehe, hat der Bund verfassungstreuer Ostpreußen, eine Gesellschaft deutschnationaler Querulanten, sich über die Unzulänglichkeit der polizeilichen Maßnahmen aus Anlaß der durch Streikende hervorgerufenen Unruhen beklagt und die Gefahr eines blutigen Bürgerkrieges angedeutet. Demgegenüber betone ich, daß die Unruhen am Freitag durch freiwilliges Eingreifen in kurzer Zeit erledigt waren und von da ab auch nicht die geringste Störung der öffentlichen Sicherheit mehr eingetreten ist. Weder haben die Zusammenkünfte an der Walzmühle heute Ruhe und größte Ordnung. Die Haltung der Polizeibeamten ist trotz angestrengten Dienstes über alles Lob erhaben, selbst die Rechte erkannte das an. Nur deutschnationale Querulanten sind unzufrieden.

Polizeipräsident.

dem Ersuchen des Herrn Gemeinderat Jollenkopf entsprochen worden wäre. Bereits vormittags 10 Uhr, als die Zahl der sich vor dem Regierungsgebäude anammelnden Arbeiter immer größer wurde, forderte Herr Jollenkopf ein größeres Aufgebot von Mannschaften der Sicherheitspolizei an. Diefem freier mitgeteilt hat, nicht entsprochen. Würde man der bürgerlichen Bevölkerung die Handlung des Herrn Jollenkopf entpreden haben und hätte die Polizeibehörde über deren in dieser Angelegenheit an den Tag gelegte Reaktionen des Publikum einer Kritik nicht nachsichtig und mitfühlend vor den Fenstern des Regierungsgebäudes mittelbar vor den Fenstern des Regierungsgebäudes in ihren Folgen löstimmigen Ausstellungen unmöglich gewesen sein. Auch der Arbeiterschaft würde dadurch wesentlich mehr geboten gewesen sein, da wir nach wie vor jedwede Verhandlung, die eben unter dem Terror und Druck der Straße geführt wird, ablehnen.

Die Lebensmittelversorgung in Königsberg.

Abgabe von Lebensmitteln.

In der Woche vom 15. bis 21. August gelangen außer der üblichen Brot vom Mehlration auf Rechnung 3 der Lebensmittelkarte 250 Gramm Feigwaren, auf die Fleischkarte 200 Gramm frisches Fleisch und auf die Fettkarte 100 Gramm Butter zur Ausgabe.

— Diese Abgabe von Brennstoffen auf die neuen Brennstoffarten. Der Magistrat gibt im Anhangsteil der dritten Abwurf auf die neuen Brennstoffarten bekannt. Auch diese Freigabe bedeutet bereits eine erhebliche Verbesserung für den kommenden Winter. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die durch den ersten und zweiten Abwurf freigegebenen Abchnitte mit dem 31. August ihre Gültigkeit verlieren.

Der letzte dritte Abwurf ist abschließend nicht befristet, um die minderbemittelte Bevölkerung nicht zu klingen, jedoch außerordentlich große Summen mit einem Male anzunehmen. Trotzdem die Bevölkerung durch Besamenschwestern des Magistrats wiederholt aufgefordert wurden, sich die ihnen zuteilenden Brennstoffmengen bescheiden zu beschaffen, um die Lager der Brennstoffmengen zu säumen und nicht zu überfüllen.



im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie